



Interessenvertretung

Politik für Menschen mit Querschnittlähmung

Seit geraumer Zeit nimmt die FGQ in ihrer Rolle als Selbstbetroffenenverband auch wieder verstärkt politische Aktivitäten wahr und hat sich zum Ziel gesetzt, ein direktes Sprachrohr nicht nur für ihre Mitglieder, sondern für alle Menschen mit einer Querschnittlähmung in Deutschland zu sein. Unter anderem konnten durch die gewachsenen Kontakte zum Bundesgesundheitsministerium (BMG) und den Gesundheitsausschüssen bereits wichtige Anliegen in die Politik getragen werden. So gelang es zum jährlichen „Internationalen Tag der Querschnittlähmung“ in 2019 erstmalig eine „Bürger-sprechstunde“ für die Belange von Menschen mit einer Querschnittlähmung mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMG, Sabine Weiss abzuhalten.

Im Rahmen des Gespräches mit Sabine Weiss wurde unter anderem ein regelmäßiger Dialog zwischen Bundesregierung und Betroffenen vereinbart, welcher alle sechs Monate stattfinden soll. Neben Betroffenen sollen Vertreter der Deutschsprachige Medizinische Gesellschaft für Paraplegiologie (DMGP), dem Deutschen Rollstuhl Sportverband (DRS) und der Deutschen Stiftung Querschnittlähmung (DSQ) teilnehmen und somit auch die fachlichen Ansprechpartner zu den vielfältigen Fragestellungen einzubinden. Bedingt durch die Corona-Pandemie sind die geplanten Termine im Jahr 2020 leider ausgefallen, dennoch hat die FGQ den Kontakt gehalten und ihre Themen erfolgreich platziert. Parallel hat die FGQ einen fruchtbaren Dialog mit Mitgliedern des Gesundheitsausschusses des Bundestages begonnen.

2021 geht es weiter

Für das Jahr 2021 ist eine Spitzengesprächsrunde mit der Bundesregierung und Bundestagsabgeordneten in Berlin mit dem Ziel geplant, politische Forderungen von Menschen mit einer Querschnittlähmung für zukünftige Regierungsprogramme in Deutschland zu formulieren. Neben der Fördergemeinschaft werden die DSQ und DMGP an den Beratungen teilnehmen und unsere Ansätze unterstützen. Auch auf Landesebene sind Gespräche geführt worden und die FGQ plant im Freistaat Bayern mit der Unterstützung von Herrn Alex Dorow, MdL, und den Zentrumsleitern der Spezialabteilungen in Bayreuth und Murnau eine Dialogrunde, um Wünsche, Sorge und Nöte von Querschnittgelähmten direkt bei der Staatsregierung anzusprechen.

Anlässlich der öffentlichen Veranstaltungen zum SCI-Day wurde von den genannten Fachgesellschaften im Bereich der Querschnittlähmung eine engere Zusammenarbeit unter dem Motto „Vier Verbände – ein Ziel“ initiiert. Damit arbeiten erstmalig alle für das Thema Querschnittlähmung auf Bundesebene relevanten Organisationen zusammen, um mehr Öffentlich-

keit mit unseren Fragestellungen und Anliegen zu erreichen. Zentrale Themen sind die lebenslange Versorgung von Menschen mit Querschnittlähmung, die Barrierefreiheit, die soziale und berufliche Teilhabe sowie aktuell die Sozialgesetzgebung, wie zum Beispiel das Intensivpflege- und Rehabilitationsgesetz (GKV-IPReG). Bei der Umsetzung des GKV-IPReG hat die FGQ zusammen mit der DMGP wiederholt mit Stellungnahmen auf die Gestaltung des Gesetzes Einfluss genommen. Die FGQ war dazu zusammen mit dem Vorsitzenden der DMGP, PD Dr. Roland Thietje, in Berlin bei den Anhörungen persönlich vertreten. Die Themen „Barrierefreiheit und Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr“ und „Zugänglichkeit von Arztpraxen“ werden bei der FGQ seit Ende 2019 in Form von zwei Projekten bearbeitet, die freundlicherweise von der Münchner Comeback-Stiftung umfangreich unterstützt werden. Hierzu berichten wir in der Sommerausgabe des PARaplegiker.



Foto: Simone Kuhnle

„Interessenvertretung ist in der freiheitlichen Lebensordnung notwendig, sie ist legitim. Das braucht es in einer Demokratie, es geht gar nicht ohne.“

Dr. Wolfgang Schäuble

Zielsetzungen der FGQ:

- 100 Prozent des öffentlich geförderten Wohnraums sollen zukünftig barrierefrei gebaut werden
- Keine neuen Praxiszulassungen oder -übernahmen ohne den Nachweis der Barrierefreiheit
- Selbständiger Zugang ohne fremde Hilfe für alle öffentlichen Gebäude und Verkehrsmittel im Sinne der UN-Menschenrechtskonvention
- Stärkung der ambulanten Versorgungsstrukturen für die lebenslange Nachsorge von Menschen mit Querschnittlähmung